Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 126. Sonnabend den 6. Mai 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 10. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 23. dss. Monats** auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1468. Verordnung, betreffend die Form der Marschrouten für Kriegsverhältnisse. Vom 18. April 1882.

Leipzig, den 4. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß wegen des Abbruches der Gebäude auf den beiden Grundstücken „Hotel de Prusse" und „Kurprinz", Nr. 7 und 8 am Roßplatz hier,

1.
vom 15. Mai bis Ende Juli dieses Jahres der vordere Theil der Kurprinzstraße für den durchgehenden **Fahrverkehr** gesperrt werden,

2.
vom 15. Mai bis 3. Juni dieses Jahres das bisherige Schrötergäßchen **vollständig und für jeden Verkehr** gesperrt sein und für **den Fußverkehr** während dieser Zeit der Thorweg des Grundstückes zum „Kurprinzen" offen gehalten wird, sowie

3.
vom 5. Juni bis Anfang Juli d. J. der Fußverkehr nach der Kurprinzstraße über den bis zu diesem Zeitpunct niedergelegten Theil des Grundstücks zum Hotel de Prusse, von Anfang Juli an aber auf dem alsdann freigewordenen neuen Straßenareal zwischen den beiden genannten Grundstücken zu geschehen hat.

Hierbei wollen wir nicht unterlassen, noch auf die für Fußgänger vorhandene Passage durch das der Leipziger Immobiliengesellschaft gehörige, an der Windmühlengasse unter Nr. 10 und an der Kurprinzstraße unter Nr. 12 gelegene Grundstück — Reitbahn — hierdurch hinzuweisen.

Leipzig, den 3. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Afs.

Auctions-Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, **Gerberstraße Nr. 10, Hof 1. Etage,** sollen

Montag, den 22. Mai 1882
Vormittags 9 Uhr

mehrere Nähmaschinen, Kleiderschränke, Spiegel, 1 Matratze, Waschtische, Wand- und Taschen-Uhren, eine Partie Kleidungsstücke, goldene Ringe und Ohrringe ꝛc. ꝛc. **an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert** werden.

Leipzig, am 4. Mai 1882

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Das am 20. vorigen Monats zur anderweiten Vermiethung versteigerte, zur Zeit an Herrn Kaufmann Belmonte vermiethete Verkaufsgewölbe nebst Schreibstube und sonstigem Zubehör in dem der Stadtgemeinde gehörigen **Hause Salzgäßchen Nr. 1 ist vermiethet** und werden daher **die unberücksichtigt gebliebenen Bieter** in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen hiermit **ihrer Gebote entlassen.**

Leipzig, den 2. Mai 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Die Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Ser. II. Nr. 56,178, sowie des von unserm IV. Filial als verloren angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Ser. II. Nr. 63,820, werden hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 10. August 1882 zur Nachweisung ihres Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belehnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassenordnung gemäß den Anzeigern nach Ablauf obiger Frist und nach erfolgter Beeidigung ihrer Ansprüche, ersteren der Inhalt des Buches ausgezahlt, letzteren das Buch selbst ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 4. Mai 1882.

Die Verwaltung des Leihhauses u. der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Dampfkesselheizung in der hiesigen Stadtwasserkunst auf die Zeit vom 1. Juli 1882 bis mit 30. Juni 1883 erforderlichen circa 40,000 Centner — 2,000,000 Kilogramm Steinkohlen soll vorbehältlich der Auswahl unter den Submittenten an den Mindestfordernden vergeben werden.

Offerten sind bis zu dem 20. Mai ds. Js. Abends 6 Uhr

schriftlich und versiegelt an das Bureau der Stadtwasserkunst (Stadthaus, Obstmarkt 3, III. Etage, Zimmer 142) abzugeben, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 19. April 1882.

Des Raths Deputation zur Stadtwasserkunst.

Waldgräserei-Verpachtung.

Montag, den 15. Mai c. soll im Forstrevviere **Connewitz** die diesjährige **Grasnutzung** unter den im Termine noch näher bekannt zu gebenden Bedingungen und gegen **sofortige Baarzahlung** der gebotenen Pachtsumme nach dem Zuschlage parcellenweise meistbietend verpachtet werden.

Zusammenkunft: I., **Vormittags 9 Uhr** am Streitteiche bei Connewitz.

II., **Vormittags 11 Uhr** an der weißen Brücke auf der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 2. Mai 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zufolge hat Friederike Pauline Emma **Göhe** (geb. zu Neustadt a./O. 1861) das ihr von der Polizei-Direction zu Kassel unterm 10. April 1874 ausgefertigte Dienstbuch am 21. April d. J. von Connewitz nach der hiesigen Petersstraße verloren. Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 2. Mai 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Vogler, Rfdr.

Bekanntmachung.

Das zur Hälfte zum Nachlaß der verstorbenen Frau **Henriette Auguste Künne** geb. **Schreck** geb. **Schmidt** gehörige, in Neu-Schönefeld an der Georgistraße gelegene, mit der Brand-Cataster Nr. 20 bezeichnete Grundstück, welches im Grund- und Hypothekenbuche für Neu-Schönefeld auf Fol. 75 eingetragen sich befindet, soll auf Antrag der Erben und des Miteigenthümers öffentlich versteigert werden.

Nachdem auf dieses Grundstück bisher ein Höchstgebot von 26,400 ℳ gethan worden, wird auf

den 9. Juni 1882

ein

Mehrbietungstermin

anberaumt.

Ersteherungslustige werden aufgefordert, ihre Gebote bis zu diesem Tage Vormittags 11 Uhr in dem Zimmer Nr. 80 des hiesigen Amtsgerichts niederzulegen.

Leipzig, am 3. Mai 1882.

Das Königliche Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V, Section Ia.
Mannsfeld.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand erlaubt sich, andurch zu der **Donnerstag, den 11. Mai 1882, Nachmittags 2 Uhr** stattfindenden **„feierlichen Grundsteinlegung zur hiesigen Kirche", sowie zur Betheiligung an dem darauffolgenden Festessen** im Gasthaus „Zu den 3 Lilien" Nachmittags 5 Uhr ganz ergebenst einzuladen.

Neubnitz, 5. Mai 1882.

Der Kirchenvorstand.
Ed. Rausch, Pastor.

Nichtamtlicher Theil.

Kaltgestellte Friedensstörer.

Wenn Rußland seinen Skobeleff hat, so hat Frankreich seinen Gallifet. Diese beiden militairischen Charlatane halten sich für großartig genug, um den Völkern Europas zuzumuthen, sich in blutigen Kriegen zu zerfleischen, in dem erhabenen Zweck, Skobeleff und Gallifet zu Ruhm und Reichthum zu verhelfen. Sie gehen auf **Beute** wie die Condottieri im Mittelalter. Aber es wird nicht viel für sie zu holen sein. Beide sind denn doch zu plump, um einen wirklichen casus belli herbeizuführen; denn wegen einiger prahlerischer Worte wird im 19. Jahrhundert kein Krieg geführt und wir sind ohnehin der Ansicht, daß die Trunkenheit, in welcher sich Skobeleff bei seinen Reden befand, keine simulirte war. Ein echter Russe ist in dieser Hinsicht kein Simulant. Die beiden Männer, welche den europäischen Frieden bisher gefährdeten, waren keine Leute vom Schlage der Skobeleff und Gallifet. Sie hießen Gortschakoff und Gambetta. Sie sind Beide zurückgetreten. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß der europäische Friede nicht mehr bedroht wäre. Aber die Bedrohung ist vielleicht eine viel weniger unmittelbare.

Die „französisch-russische Allianz" bestand nicht in dem Maße, wie von mancher Seite behauptet worden ist, aber sie bestand wenigstens bei zwei Personen bis zu einem gewissen Grade, bei Gortschakoff und Gambetta. Die Combinationen dieser Beiden bewegten sich zweifellos in einer gewissen Harmonie. Diese beiden Männer sind nur den Eingebungen ihres Ehrgeizes gefolgt, den sie nur schlecht zuweilen durch die Gebote politischer Klugheit zu zügeln wußten. Der achtzigjährige Gortschakoff sagte, er müsse, bevor er ins Grab steige, noch einen ruhmreichen Krieg haben; Gambetta hielt die Idee der „Revanche" gegen Deutschland aufrecht und beunruhigte Europa, nur um in gewissen Kreisen eine populäre und beliebte Persönlichkeit zu bleiben.

Von diesen beiden Männern hat der Eine so viel Anlage zum Despotismus wie der Andere. Beide nahmen keine Rücksicht auf ihr Land; sie dachten nur an ihre persönlichen Interessen. Gortschakoff hielt einen Bund zwischen einer demokratischen Republik und dem Zarenthum für möglich, und Gambetta gehörte zu den wenigen Franzosen, die dies gleichfalls glaubten. Dieser Mann, von dem die Franzosen glaubten, er werde die Republik wie seinen Augapfel hüten, wollte eine Cooperation mit dem russischen Despotismus. Dies war es auch, was seine Stellung so schnell unhaltbar machte. Wir sind überzeugt, daß es viele Franzosen giebt, die einen Revanchekrieg gegen Deutschland wünschen, aber sie wünschen ihn doch nicht um den Preis, die Handlanger des russischen Zarenthums zu sein.

Die beiden Friedensstörer sind jetzt abgetreten, der Eine wohl für immer, der Andere mit der Absicht, bald wieder den Platz einzunehmen, den er soeben verlassen. Ob ihm gelingen wird und wie weit — wer vermag es zu sagen? Jedenfalls wird er sich seine Erfahrungen zur Lehre dienen lassen. — An Vorwänden zu Kriegen fehlt es nicht und Rußland hat eine sehr große Fertigkeit erreicht in der Kunst, einen casus belli zu beschaffen. Jetzt wird man die Sache aber wohl überlegen und Europa wird so dem traurigen Geschick, daß seine Völker wegen des Ehrgeizes zweier Männer sich zerfleischen müssen, entgehen. Wie lange? nun so lange, als man einsieht, daß unsere Zeit denn doch höhere Aufgaben hat, als die, ehrgeizigen Strebern und bramarbasirenden Militairs Ruhm und Geld zu verschaffen.

Leipzig, 6. Mai 1882.

Es kann jetzt als ziemlich feststehend gelten, daß dem Reichstag das unerwünschte Angebinde der Vorlage, betreffend die zweijährige Etatsperiode, auch in der jetzigen Session nicht erspart bleiben soll. Sonst gut unterrichtete Personen wollen selbst schon die Begründung kennen, mit welcher das aussichtslose Gesetz der Volksvertretung insinuirt werden würde. Es ist das altbekannte Raisonnement, daß die Etatsreden zu viel Zeit einnehmen und der Berathung wichtigerer Vorlagen Abbruch thun. Nun hat aber der Reichstag für die Etatsdebatten selten mehr als 14 Tage bis 3 Wochen verwendet, und in der Wintersession von 1881 gelang es ihm sogar, die zweite und dritte Lesung des Budgets in, wenn wir nicht irren, acht, höchstens aber neun Sitzungen zu erledigen. Dieses Argument ist also so wenig stichhaltig, wie nur möglich, und ein anderes kann nur gefunden werden, wenn man den sachlichen Boden der Frage verläßt und sich überhaupt auf den Standpunct stellt, daß alles Reden und Parlamentiren äußerst überflüssig seien. Verständigerweise hat man es schon längst aufgegeben, bei den wichtigeren, ein petitisches Princip enthaltenden Vorlagen zu untersuchen, auf welche Mehrheitscombination der Reichskanzler rechnet. Und wie der Tabaksmonopol-Entwurf einstweilen ein akademischer Monolog des Fürsten Bismarck bleibt, so wird es auch mit der zweijährigen Etatsperiode der Fall sein; ja noch mehr: Fürst Bismarck selbst ist zweifellos von der Aussichtslosigkeit dieses Projects überzeugt. Zwar das Centrum würde sich bereit finden lassen, bei der Schmälerung des Reichsgedankens, der (zwar gegen die Absicht des Kanzlers) in dem vorbereiteten Entwurf liegt, mitzuwirken, sobald nur erst seinen Culturkampfsbeschwerden Genüge gethan worden. Aber bei allem Entgegenkommen gegen die ultramontanen Wünsche wird doch hoffentlich nie der Tag kommen, wo Herr Windthorst wirklich befriedigt ist und also kein Redebedürfniß mehr empfindet. Die Unersättlichkeit seines Verlangens wird den Concessionen, die Preußen überhaupt gewähren kann, stets einen Schritt voraus sein. Daß es außer den Ultramontanen keine Partei giebt, welche sich mit den Deutschconservativen vereinigen möchte, um die Verlängerung der Budgetperioden zum Gesetz zu erheben, bedarf für Niemanden eines besonderen Nachweises.

Am Sonnabend wird das Präsidium des Reichstags von Sr. Maj. dem Kaiser empfangen werden. Ueber die Stunde des Empfangs war gestern noch nichts Bestimmtes festgesetzt, in Folge dessen ist auch noch nicht zu sagen, ob und wann am Sonnabend die Plenarsitzung des Reichstags stattfinden wird. — Der Reichstag wird frühestens am Dienstag nächster Woche mit der Berathung des Tabakmonopols beginnen. Wie wir erfahren, wünscht der Reichskanzler an der Generaldiscussion Theil zu nehmen, ist jedoch durch schmerzhaftes, wenn auch ungefährliches Leiden, augenblicklich nicht in der Lage, Friedrichsruh zu verlassen. Dasselbe Leiden, das schon mehrfach einen Aufschub der beabsichtigt gewesenen Rückkehr des Kanzlers nach Berlin nöthig machte, hat den Reichskanzler auch zu seinem Bedauern verhindert, an den Ministersitzungen des Bundesraths theilzunehmen.

Die kirchenpolitische Vorlage hat nunmehr ihren gesetzgeberischen Abschluß gefunden; denn nach dem Austreten des preußischen Cultusministers ist es nicht wohl denkbar, daß sie nach den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften nicht die Allerhöchste Sanction finden sollte. Darüber ob die Novelle die erwartete friedliche Wirkung haben wird, bestehen nach der letzten Debatte die Zweifel allerdings in unverminderter Stärke fort. Insbesondere eröffnet Windthorst's stark betonte Versicherung, daß das Centrum nicht aufhören werde, an der fundamentalen Zerstörung der Maigesetze zu arbeiten und nöthigenfalls schon in der nächsten Session dazu die Initiative ergreifen werde, die Perspective auf weitere ernste Kämpfe. — In Bezug auf den weiteren Verlauf der parlamentarischen Arbeiten nimmt man an, daß es der preußischen Staatsregierung erwünscht sein würde, wenn das Abgeordnetenhaus nach der Sitzung am Sonnabend eine etwa achttägige Pause machte, um sodann nach Abwickelung der ersten Lesungen im Reichstage seine Arbeiten wieder aufzunehmen.

Die Niederlage, welche das Verwendungsgesetz erlitten, wird im preußischen Regierungslager ungemein tief empfunden, tiefer als sie äußerlich in die Erscheinung tritt. Wieder wie so oft ist es die mangelnde Führung mit den Parteien, welche einen Ausgang verschuldet hat, mit dem im Staatsministerium nicht gerechnet worden ist. Hätte man dort gewußt, daß die Liberalen und das Centrum die Verweisung des Gesetzes in eine Commission ablehnen und so ihr „Non liquet" gegenüber der Vorlage in der denkbar schroffsten Form aussprechen würden, so hätte man vermuthlich darauf verzichtet, ohne Noth einen Refus zu veranlassen. Für das Geschehene wird jetzt das Centrum verantwortlich gemacht, welchem Vorwürfe ob seiner unentschiedenen, zu falschen Hoffnungen verleitenden Haltung nicht erspart bleiben. Herr Windthorst mag sich angesichts dessen in dem Bewußtsein bestärkt fühlen, daß er mehr und mehr der Mittelpunct aller Politik wird und auch am Ministerhimmel regnen oder die Sonne scheinen lassen kann, wie es ihm gerade beliebt.

In den zuständigen Ausschüssen des Bundesrathes ist das Unfall-Versicherungs-Gesetz nun durchberathen. Die principiell wichtigen Bestimmungen hatten zu einer umfassenderen Erörterung Anlaß gegeben. Man hat eine Subcommission gebildet und diese mit der Redaction der von den Ausschüssen gefaßten Beschlüsse betraut. Die Ausschüsse werden sich also noch einmal zu einer Berathung vereinigen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vorlage schon Sonnabend an das Plenum des Bundesrathes und somit in der nächsten Woche an den Reichstag gelangt.

Aus Berlin wird uns vom Donnerstag geschrieben: „Der Hamburgische Senatssecretair Dr. Eckardt wird eine Stellung in dem Ressort des Fürsten Bismarck erhalten. Seinen Rücktritt wird Herr Eckardt nicht zurücknehmen, wenngleich, wie sich herausstellt, die ganze Beschwerde keinen officiellen Charakter hatte, sondern nur gelegentlich bei einem Tischgespräche angebracht wurde, bei welchem übrigens der russische Geschäftsträger keinen Zweifel daran ließ, daß eigentlich er selbst der leidende Theil sei. Auf Dr. Eckardt ist der Reichskanzler schon seit langer Zeit aufmerksam geworden. Ist Eckardt doch auch der Verfasser nicht nur der „Bilder aus der Petersburger Gesellschaft", sondern auch der großartigen Anklageschrift gegen Rußland „Berlin und Petersburg", welche bereits in wiederholten Auflagen erschien und allgemein in letzter Linie auf den Reichskanzler selbst zurückgeführt wurde. Es hieß allgemein, daß Fürst Bismarck dem Herausgeber dazu nicht nur die Acten des auswärtigen Amtes, sondern auch die vertraulichsten Schriftstücke des Geheimarchivs zugänglich gemacht habe. Jedenfalls wurde jene Schrift allenthalben als eine preußische Staatsschrift aufgefaßt. Sie entsprach durchweg den Intentionen des Kanzlers, und es ist darum nur erklärlich, wenn Fürst Bismarck jetzt eine so tüchtige Kraft in seine Nähe zieht. Jedenfalls wird Eckardt ein besserer Hilfsarbeiter sein als Herr Julius Schulze, ebenfalls Hamburger Angedenkens. Dabei dürfte es interessiren, daß soeben die Verlagshandlung von Duncker u. Humblot in Leipzig die zweite Auflage der „Losen Blätter aus dem Geheim-Archive der russischen Regierung" versendet, welche bekanntlich zu der Affaire Eckardt den Anlaß gegeben haben sollen. Die Auflage ist im Uebrigen unverändert, nur ist ihr folgende Vorbemerkung beigegeben: „Bei der Besprechung der ersten Auflage dieses Buches ist in der Presse vielfach die Vermuthung aufgetaucht, daß der Autor der bekannten „Bilder aus der Petersburger Gesellschaft ꝛc." auch die „Losen Blätter aus dem Geheim-Archive der russischen Regierung" herausgegeben habe. Das ist ein Irrthum, und es möge daher, damit weiteren Mißverständnissen vorgebeugt werde, hier die bestimmte Erklärung Platz finden, daß der Herr Verfasser jener Werke bei der Herausgabe der „Losen Blätter" in keiner Weise betheiligt gewesen ist."

Das Agrarverbrechen bei Hasenpoth in Kurland gegen Baron Nolken verursacht große Erregung unter den Balten und Deutschen in Petersburg. Russische Publicisten haben seit Jahren die Ostseeprovinzen nicht anders als das russische Irland genannt, so daß sich bei der lettisch-esthnischen Bevölkerung endlich die fixe Vorstellung festsetzen mußte, der Gutsherr beute sie aus und bedrücke sie und derselbe müsse auf irländische Weise beseitigt werden. Diesem ersten Agrarmordversuch werden andere folgen. Die Regierung läßt die Wühler in ihrer haßschürenden Thätigkeit gewähren. — Trubnikow sollte verabschiedet werden. Ignatieff gestattet ihm aber, sein Entlassungsgesuch einzureichen. — Wie neuerdings behauptet wird, ist Kobosseff, der berüchtigte Kälesänger, doch nicht gefaßt und seine Person nicht mit der des verhafteten gefährlichen Nihilisten Bogdanowitsch identisch. Der Kaiser soll allerdings von dem Wunsch erfüllt sein, die nihilistischen Verhältnisse und Rädelsführer aus eigner Anschauung kennen zu lernen. Bogdanowitsch, also den vermutheten Kobosseff, nach Gatschina haben bringen lassen, woselbst er verschiedene Fragen an ihn richtete. Auf die Frage, ob er jener Kobosseff sei, soll er erwidert haben: „Ich bin in der That Bogdanowitsch, den die Polizei so lange gesucht, der an mehreren nihilistischen Verbrechen theilgenommen. Im Vergleich zu meiner langjährigen, in den Augen der Regierung stark verbrecherischen Thätigkeit würde es im Grunde genommen wenig ausmachen, wenn ich mich noch zur Minenlegung in der Gartenstraße bekennen wollte. Ich bin aber eben nicht jener Kobosseff, den man noch immer vergeblich sucht."

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind daselbst Symptome einer Gährung in den unteren Volksclassen bemerkbar geworden, welche auf die Absicht einer Wiederholung der bekannten Excesse gegen die Juden hindeuten. Es sind in den letzten Tagen einige Flugschriften und Placate aufreizenden Inhaltes gegen die Juden confiscirt worden und es herrscht in Folge dessen in den Kreisen der jüdischen Bevölkerung lebhafte Beunruhigung. Man hoffe aber, daß es den Bemühungen angesehener Bürger gelingen werde, jedem derartigen Versuche des Pöbels, unter der Voraussetzung energischen Beistandes seitens der Behörden, die Spitze zu bieten.

In Beantwortung einer Anfrage Tenot's über das jüngst bei Tigri stattgehabte Gefecht erklärte Ministerpräsident Freycinet am Donnerstag in der Deputirtenkammer: Der Vertrag vom Jahre 1845 gewähre die Ermächtigung, Marodeure über die Grenze von Algier hinaus zu verfolgen; der Sultan von Marokko habe seine Befehlshaber an der Grenze aufgefordert, den französischen Truppen ihre Aufgabe zu erleichtern. Das Gefecht habe auf dem Zwischengebiete zwischen Algier und Marokko stattgefunden, das von unabhängigen Stämmen bewohnt sei, der Kaiser von Marokko sei in keiner Weise verantwortlich, wenn dieses Gebiet als Hauptquartier für Aufstandsversuche diene. Die französische Regierung würde stets von der Sorge für ihre Würde und für die Sicherheit geleitet sein. Tenot dankte dem Ministerpräsidenten für seine patriotischen Erklärungen. — Der radicale Deputirte Ballue interpellirte die Regierung ebenfalls über Algier, machte dem Cabinet den Mangel an Kraft und Stärke zum Vorwurf und verlangte die Occupation von Figuig. Ministerpräsident Freycinet erwiderte, wenn Figuig ein gefährlicher Concentrirungspunct wäre, könne Frankreich denselben besetzen, aber die Nothwendigkeit seiner Besetzung sei nicht nachgewiesen. Nach competenten militairischen Urtheilen würde es nicht genügen, nur bis Figuig, sondern noch 300 Kilometer weiter darüber hinaus zu gehen. Die Kammer beschloß über die Interpellation Ballue vom Cabinet beantragte einfache Tagesordnung.

Mittheilungen, die aus Rom, vom 2. d. M., von bester Seite kommen, bezeichnen die pessimistischen Gerüchte, welche hartnäckig über den Gesundheitszustand des Papstes coursiren, als völlig unbegründet. Se. Heiligkeit leidet seit einigen Tagen an einem der in Rom in dieser Jahreszeit häufigen nervös-gastrischen Zustände, an Appetitlosigkeit und leichten Fieberschauern, ohne daß aber dieses Unwohlsein den hohen Kranken auch nur nöthigen würde, das Bett zu hüten, geschweige denn, seinen Gesundheitszustand als Besorgniß erregend erscheinen ließe.

Als Nachfolger des bisherigen Staatssecretairs für Irland, Forster, ist der Lord Frederic Cavendish ernannt worden. Die Ernennung hat lebhaftes Staunen hervorgerufen. Allerdings ist Cavendish ein Bruder des Lord Hartington, des Staatssecretairs des Innern, aber sonst politisch absolut eine Null. Die Irländer lieben Cavendish auch nicht und seine Ernennung ist nur erklärlich, wenn man annimmt, daß Gladstone durch diese Ernennung die vornehmen Wigh-Familien mit seiner irischen Politik versöhnen will. Gladstone's Schwierigkeiten in Irland sind unsagbar. Während selbst gemäßigt liberale irische Journale, wie „Freemans Journal", außer der voll-